

Offener Brief der Brandenburger ÖPNV-Unternehmen an den Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landtags Brandenburg

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten des 5. und des 6. Landtags in Brandenburg,

wir wenden uns vor der Wahl an Sie, um auf die wachsenden Probleme des Öffentlichen Nahverkehrs im Land Brandenburg aufmerksam zu machen, die in der neuen Wahlperiode dringend einer Lösung bedürfen.

- Die Betriebsleistungen können auf dem aktuellen Niveau vielerorts kaum mehr im bisherigen Umfang aufrecht erhalten werden, weil die Kostensteigerungen der vergangenen Jahre den Ausgleichsleistungen davon laufen. Insbesondere die Finanzleistungen des Landes stagnieren seit 8 Jahren.
- Die Leistungen des Schülerverkehrs werden vom Land nicht ausreichend unterstützt. Dabei dienen die Schülerverkehre einer erfolgreichen Bildungspolitik. Immer weniger Schulstandorte bedeuten nun einmal immer längere Wege und zunehmenden Bedarf an einer Fahrt zur Schule im öffentlichen Nahverkehr.
- Die Investitionen in Anlagen und Fahrzeuge des ÖPNV können schon seit Jahren nicht mehr im erforderlichen Umfang geleistet werden. Der entstandene Investitionsstau wächst pro Jahr um ca. 40 Millionen Euro. Das Alter der Fahrzeugflotten steigt stetig.
- Insbesondere die Mittel für Straßenbahnen und O-Busse sind vielfach nicht ausreichend, um dauerhaft deren Betrieb zu sichern. Ein Stau bei der Sanierung der Anlagen und fehlende Mittel für dringend erforderliche Neubeschaffungen von Fahrzeugen sind die Folge.
- Die sachgerechte jährliche Anpassung der Fahrpreise findet nicht statt. Auch in diesem Jahr fiel die Tarifmaßnahme im VBB wieder einmal aus. Ein Zusammenhang mit dem Termin der Landtagswahlen kann leider nicht ausgeschlossen werden.

Wir wissen, dass das Land nicht alleine für die Finanzknappheit im ÖPNV verantwortlich ist, deshalb richten wir zunächst unseren Appell an die Bundesregierung bzw. den Bundestag, die Mittel aus dem sogenannten Regionalisierungsgesetz bedarfsgerecht anzuheben. Dies gilt auch für die Förderung der Investitionen in den ÖPNV nach Gemeindeverkehrsfinanzierungs- bzw. Entflechtungsgesetz.

Darüber hinaus erwarten wir vom nächsten Landtag bzw. der nächsten Landesregierung:

1. Anhebung der Mittel zur Förderung des ÖPNV um jährlich mindestens 1,5%
2. Anhebung der Mittel zur Förderung des Ausbildungsverkehrs um ebenfalls jährlich mindestens 1,5%. Aus unserer Sicht ist es außerdem sachgerecht, wenn das Land diese Mittel aus eigenen Steuereinnahmen finanziert.
3. Anhebung der Investitionsförderung für den ÖPNV um einen angemessenen Betrag. Die Investitionslücke muss geschlossen werden! Das gilt auch für die Straßenbahnen und den O-Bus. Falls erforderlich, müssen dafür auch Landesmittel Verwendung finden.
4. Wieder-Einführung einer direkten Förderung zur Beschaffung von Fahrzeugen (zumindest als Sonderprogramm bei den Straßenbahnen).
5. Jährliche Fahrpreisanpassungen auf der Basis eines objektiven Index der Kostensteigerungen.

Wir waren und sind bereit, unsere Anstrengungen für einen attraktiven und bezahlbaren ÖPNV zu erbringen. Bitte unterstützen Sie uns in diesem Bemühen.

Im Namen der Brandenburger Verkehrsunternehmen

Werner Jumpertz,

Geschäftsführer der Verkehrsbetriebe Brandenburg/Havel und stellvertretender Vorsitzender VDV-Ost